



HESSISCHER LANDTAG

02. 03. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**betreffend Einigung bei Verhandlungen zur Hartz-IV-Reform hilft
bedürftigen Kindern und entlastet die Kommunen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Einigung bei der Hartz-IV-Reform, die aus wahltaktischen Motiven über Wochen von SPD und Grünen blockiert wurde. Damit können Langzeitarbeitslose und bedürftige Kinder endlich von der Regelsatzerhöhung und dem Bildungspaket profitieren. Darüber hinaus werden die Kommunen durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und die Erwerbsminderung finanziell massiv entlastet.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Bundesregierung nach Maßgabe des Bundesverfassungsgerichtes eine transparente und damit verfassungskonforme Neuberechnung der ALG-II-Regelsätze zur Sicherung des Existenzminimums vorgenommen hat. Die Erhöhung um 5 € auf dann 364 € rückwirkend zum 01.01.2011 und die Anhebung des Sockelbetrages zum 01.01.2012 im Zuge der Anpassung an die Preis- und Lohnentwicklung um weitere 3 €, ist angemessen. Die Sozialleistungen für Langzeitarbeitslose ALG-II-Bezieher in Höhe von 367 € ab 2012 zzgl. Inflationsausgleich, Kosten der Unterkunft und Heizung sowie Übernahme der Kosten für Kranken- und Pflegeversicherung sichern weit mehr als das Existenzminimum.
3. Der Landtag begrüßt insbesondere das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte umfangreiche Bildungspaket und die Aufnahme der Schülerbeförderungskosten, die auf eine Initiative Hessens zurückzuführen ist. Das Bildungspaket, durch das Kinder von ALG-II-Beziehern und Empfängern des Kinderzuschlags sowie des Wohngeldes mit Sozialleistungen in Höhe von 1,6 Mrd. € gefördert werden, ermöglicht diesen bedürftigen Kindern höhere Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben.
4. Der Landtag begrüßt, dass CDU und FDP sowie letztendlich auch die SPD mit diesem umfassenden Reformpaket die Verantwortung für Millionen von Arbeitslosen und deren Kinder sowie von Tausenden Kommunen und Arbeitnehmern in der Zeitarbeit übernehmen. Er bedauert zugleich, dass B90/DIE GRÜNEN dieser Reform nicht zugestimmt haben. Er sieht darin einen Ausdruck dafür, dass die wochenlange Blockadehaltung der Partei im Vermittlungsverfahren lediglich der eigenen Profilierung dienen sollte.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. März 2011

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch